

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstein möglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabteilung monatlich 20, durch andere Zusteller je nach Ort in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 50, mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Zusteller und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis: III. für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Zeilenlang, die 2-spaltige Kopfzeile III. Die Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Kopfzeile III. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Kapitalmannschaften bis vierwöchig 10 Pf. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Manuskripte übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsantrag erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruchlos gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Druck: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 16

Donnerstag den 19. Januar 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Auszahlung der Minderbemitteltenbeihilfe auf Monat Januar 1922 erfolgt Freitag den 20. d. M. vorm. 9 bis 1 Uhr in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 17. Januar 1922. 1724 Der Stadtrat.

Kartoffelverkauf für diejenigen Einwohner, die wochenweisen Bezug angemeldet haben, findet am 20. Januar von 8 bis 11 Uhr und 1 bis 4 Uhr in der neuen Schule statt. — Bezahlung und Bezugsmarken vorher in Zimmer 2. —

Wilsdruff, am 16. Januar 1922. 1723 Der Stadtrat.

Rehrlöhne des Schornsteinfegers.

Zu der unter dem 31. März 1921 (Tageblatt vom 21. April 1921) bekanntgegebenen Grundgebührenordnung ist an Stelle des bisherigen Teuerungszuschlags von 75 Prozent ein solcher von 150 Prozent festgesetzt worden. Die Erhöhung tritt vom 1. Januar 1922 ab in Kraft.

Wilsdruff, den 17. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Rehroverbandes Wilsdruff.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat eine offizielle Einladung erhalten, an der am 8. März in Genua beginnenden Wirtschaftskonferenz teilzunehmen. Deutschland wird in Genua durch fünf Delegierte vertreten sein.

* Die Regierungsvorlage über die Aufbesserung der Beamten- und Staatsangestelltenbezüge sollen den Reichstag am 20. Januar beschäftigen.

* In Dublin fand die Übergabe der Regierungsgewalt an die einstweilige Regierung des irischen Freistaates statt.

* Zur Konferenz in Genua sind nach Mitteilungen der italienischen Regierung vierzig Rationen mit über 1000 Delegierten eingeladen.

* Im italienischen Ministerrat teilte der Ministerpräsident Bonomi mit, daß das europäische Finanzkonkordat binnen 20 Tagen in London gegründet werde.

* In Amerika und England macht sich ein bestiger Unwille gegen die französische Sonderpolitik in der Wiederaufbaufrage bemerkbar.

* Der chinesische General Wu Pei-fu richtete an die Regierung in Peking ein Ultimatum, wonach diese innerhalb einer Woche zurücktreten solle.

* An der Berliner Dienstagsbörse wurde der Dollar mit 184 1/2 notiert.

Die Einladung.

Herr Lenin hat gebeten, von Genua Abstand zu nehmen und, wenn irgend möglich, die europäische Wirtschaftskonferenz nach London einzuberufen. Trotzdem hat die italienische Regierung nimmer die Einladungen nach Genua verschickt, und auch dem deutschen Reichskanzler ist sie durch den Berliner italienischen Vorkonsul in aller Form zugewiesen worden. Man darf sagen, daß sich dieses Schriftstück in Wortlaut und Sprache einigermassen wohlwollend von den „Einladungen“ unterscheidet, mit denen unsere Regierung bisher zur Teilnahme an den Verhandlungen in Spa, in London, in Cannes beehrt worden ist, wie überhaupt der Grundgedanke der Gleichberechtigung aller einzuladenden Mächte offenbar gewahrt werden soll. Auch daran hat der Deutsche Rat sich nicht gestoßen, daß Bürger Lenin es als zweifelhaft hinstellte, ob er persönlich, wie es gewünscht wurde, nach Genua kommen könnte, ebenso wie Poincaré es zunächst offen ließ, ob er in höchst eigener Person oder ein minder hochgestellter Beamter seines Dienstes sich mit Lloyd George und den Hauptvertretern der Festlandsmächte in der italienischen Hafenstadt an einem gemeinsamen Beratungstisch niederlassen werde. Das einmal für Genua festgelegte Programm wird ausgeführt, sogar mit einer Präzision, die in Anbetracht der gegebenen Umstände als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Am 8. März soll dieser neue Tanz beginnen — wenn bis dahin nicht abermals irgendwelche unvorhergesehenen Ereignisse eintreten.

Bis dahin wird wohl die Reparationsfrage für Deutschland so oder so einen entscheidenden Schritt vorwärts getan haben. Innerhalb 14 Tagen soll die deutsche Regierung ihr Programm für die Sanierung des Budgets für die Einstellung der Rüstungsproduktion und für die Ablösung der Geld- und Sachleistungen des Jahres 1922 vorlegen, so daß der Reparationskommission bis zu Beginn der Tagung von Genua immer noch ein reichlicher Monat übrig bleibt, ihrerseits zu den deutschen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Diese Seite der Angelegenheit wird aber bekanntlich in Frankreich für ungleich dringlicher gehalten als der Wiederaufbau Gesamteuropas, und so hat Herr Poincaré Zeit genug, seine aus der Vor- wie aus der Nachkriegszeit hinreichend bekannten Ränke als gewissenloser Wütercher spielen zu lassen. Schon scheint sich der Ton der französischen Presse mehr und mehr auf die Klänge unzustimmen, die der neue Herr und Meister so über alles liebt. Und die englischen Kabinettsmitglieder, die im Auftrage des Premierministers Verhandlungen mit Poincaré über die von Briand im Stich gelassenen Probleme aufnehmen, stoßen auf eine gelassene Art, die Dinge zu behandeln, als hätte Frankreich gar kein sonderliches Interesse daran, zu einem bestimmten Abkommen zu gelangen. In London fählt man den Temperaturschwelger selbstverständlich deutlich genug heraus. Ein so französischfreundliches Blatt wie die „Times“ hält es um deswillen für seine Pflicht, auf den besonderen Ernst der durch Briands Rücktritt geschaffenen Lage hinzuweisen und die Franzosen dringend zu mahnen, endlich die Augen

zu öffnen vor den Gefahren, denen sie entgegenstehen. Solange dieser Geisteszustand dauere, sei es zweifelhaft, ob die europäische Krise, sei es die politische, sei es die wirtschaftliche, erfolgreich behandelt werden könne. Schon in Washington habe die amerikanische Regierung den ganzen Einfluß aufzubieten müssen, um ihre Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine so furchtbare Explosion gegen die Haltung der Franzosen stattgefunden, daß selbst den Wunden die Augen geöffnet worden wären. So zu lesen in einem Blatte, das seit 1914 mit Frankreich durch dick und dünn gegangen ist; da kann man sich wohl denken, wie die Stimmung in denjenigen Kreisen Großbritanniens beschaffen ist, die sich von dem Allianzbruch der Kriegsjahre schon längst freigemacht haben. Aber hat Poincaré nun noch eine Wahl zwischen den Erwartungen, die seine Regierungsbildung hervorgerufen mußte, und den Warnungen, die von seinen Freunden Frankreichs kommen? Er selbst hat nach dem Zeugnis verschiedener Politiker, mit denen er wegen Eintritts in sein Kabinett verhandelte, davon gesprochen, daß die Lage seit der Konferenz von Cannes mindestens so ernst geworden sei, wie sie im Sommer 1914 gewesen ist. Er hat gerade unter Berufung auf diese allen Nichtfranzosen vollkommen unverständliche Deutung der Zeichen der Zeit zur Erneuerung der neu-tronalen Einheitsfront aufgefordert, die allein die Republik befähigen würde, sich in den Räten der Gegenwart erfolgreich zu behaupten.

Unter diesen Umständen wird alles darauf ankommen, ob außerhalb Frankreichs sich eine feste Hand findet, das Steuer der Weltwirtschaft mit ruhiger Sicherheit zu führen. Wie die Dinge liegen, kann für diese Rolle kein anderer Staatsmann in Frage kommen als Lloyd George. Sein Auftreten in den letzten Tagen spricht dafür, daß er sich der Wichtigkeit der Aufgabe, die ihm durch den Rückfall seiner französischen Bundesgenossen in den schlimmsten Zeiten des Chauvinismus zugefallen ist, voll und ganz bewußt ist. Alles wird davon abhängen, ob seine diplomatische Kunst noch ausreicht, um Herrn Poincaré die gefährlichen Wege, die er abermals einzuschlagen gedenkt, zielbewußt zu verlegen.

Die erste Antwort der Vereinigten Staaten an die neue militaristische Regierung Frankreichs.

Die Erbitterung in Amerika.

Washington, 17. Jan. Der Finanzausschuß des Senats hat den Antrag betreffend die Konsolidierung der alliierten Schulden angenommen und zahlreiche Bestimmungen ausgeprochen, gegen die sich das Schahamt wandte, namentlich die, daß der Zinsfuß nicht geringer als 5 v. H. sein dürfe. Im übrigen wurde der Gesetzentwurf in der Form genehmigt, die das Repräsentantenhaus angenommen hatte. Er sieht die Bildung eines Ausschusses vor mit der Befugnis, die Kriegsschulden zu konsolidieren oder den Verfalltag hinauszuschieben.

Der Senat hat eine Resolution Mac Cormick angenommen, in der das Staatsdepartement erlucht wird, eine Untersuchung über die europäische Finanzlage und die Wirkungen anzustellen, die die Landrückgaben der europäischen Länder auf die europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten haben könnten.

London, 17. Jan. Daily Express schreibt zur Annahme der Resolution Mac Cormick durch den amerikanischen Senat, dies könne als die erste Antwort der Vereinigten Staaten an die neue militaristische Regierung Frankreichs angesehen werden.

London, 17. Jan. Die Westminster Gazette meldet aus Washington: Die Aussichten auf eine wirksame Teilnahme Americas in Genua oder bei anderen europäischen Verhandlungen, wie sie von Poincaré gefordert werde, würden flüchtig geringer. Eine führende politische Persönlichkeit in Washington erklärte, Amerika werde nichts ungeschesehen lassen, um die Verantwortung für die Folgen der chauvinistischen Tätigkeit von sich abzuwenden, die die französische Politik für die nächsten Monate bezeichnen werde.

Der Washingtoner Berichterstatter der Times schreibt: In Amerika sei man der Ansicht, daß die Widerstände Frankreichs ernstlich, wenn nicht unheilbar, die Aussichten auf den Wiederaufbau Europas auf liberaler Grundlage gefährdeten. Man befürchte, daß die französischen Militaristen es dahin treiben würden, durch Europa Amok zu laufen. Es heiße, die französische Politik werde derart sein, daß darauf Unordnung entstehen könne und Harding sofort die amerikanischen Besatzungstruppen vom Rhein zurückziehen werde. Es könne nicht geahnt werden, daß die amerikanische Regierung gegebenenfalls sich in diesem

Sinne entscheiden und das letzte Symbol der Teilnahme Americas am großen Kriege und damit jede Aussicht auf unmittelbare Mitwirkung der Vereinigten Staaten bei den wirtschaftlichen Aufgaben des Friedens verschwinden lassen werde.

Die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit.

Die Rede Dr. Rathenau in Cannes.

Die große dreistündige Rede, die Dr. Rathenau am 12. Januar vor dem Obersten Rat in Cannes gehalten hat, wird erst jetzt in einem amtlichen Bericht bekanntgegeben. Dr. Rathenau hat darin in tiefgreifender, überzeugender Form dargelegt, wie sich unter den Nachwirkungen des Krieges die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gewandelt haben, und wo infolgedessen heute die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die Reparationszahlungen und den Wiederaufbau Europas zu ziehen sind. Als einen der ersten entscheidenden Faktoren führte Dr. Rathenau

unsere passive Handelsbilanz

an. Er sagte: Deutschland hat für alles, was es kauft, in bar zu bezahlen. Es kann nur zahlen durch seine Handarbeit. Es ist deshalb notwendig, daß Deutschland eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz hat. Unsere Zahlungsbilanz aber ist vorbelastet mit einem Einshubbedarf von 2 1/2 Milliarden Lebensmitteln und 2 1/2 Milliarden Rohstoffen. Die Passivseite der Zahlungsbilanz beträgt mit anderem etwa 5 1/2 Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von nur 3 1/2 bis 4 Milliarden gegenübersteht. Es besteht somit eine Passivität der Zahlungsbilanz im Saldo 2 Milliarden schon vor Zahlung irgendwelcher Reparation. Um das Defizit zu decken, bestehen nur drei Möglichkeiten: Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landessubstanz. Den Ausverkauf von Landessubstanz konnten wir leider nicht hindern. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe haben wir versucht. Sie war unmöglich, da nach Meinung der City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer waren. Unter diesen Umständen war es unmöglich, den Verkauf von Umlaufmitteln zu vermeiden, obwohl unser Geld hierdurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde. In dem augenblicklich ins Gleichgewicht gebrachten Budget für 1922 kommen jedoch

135 1/2 Milliarden Papiermark für die Entente

hinzu in Barleistung, Sachleistung und inneren Kosten aus dem Friedensvertrag. Das Budget würde dadurch etwa 150 Prozent neue Belastung erfahren und sich damit auf 218,5 Milliarden Papiermark belaufen. Um die Bilanz herzustellen, gibt es nur zwei Mittel: eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine riesigen Anleihe. Beides ist unmöglich, wohl aber wird der Gedanke einer inneren Anleihe erwogen. Deutschland hat keine Ersparnisse, sondern schwere Verluste, besonders an Land und Bevölkerung durch den Krieg. Auf Grund dieser Verluste besteht an Stelle eines Überschusses, einer nationalen Ersparnis von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege, jetzt ein Defizit von 1 bis 2 Milliarden Goldmark jährlich.

So geht das Land sich allmählich auf.

Es lebt von seiner eigenen Substanz. Es hat weder die Mittel für Erneuerungen noch für die wirtschaftliche Ausstattung seines Bevölkerungszuwachses. Hinzu kommt, daß jetzt viele Arbeiten zu leisten sind, die vor dem Kriege nicht erforderlich waren, und die sich erst aus dem Friedensvertrag ergaben. Wenn man von einer arbeitenden Bevölkerung von 21 Millionen ausgeht und pro Kopf 2400 Arbeitsstunden im Jahre rechnet, so beträgt der Gesamtwert der von Deutschland aufgewandten Arbeitsstunden nicht mehr als 50 Milliarden. Davon sind mehr als 9 für Arbeit aufgewandt, die wir vor dem Kriege nicht aufzuwenden brauchten, d. h. fast ein Fünftel der gesamten Arbeitsstunden. Daraus ergibt sich bei uns eine verfestete Arbeitslosigkeit von nahezu 4 Millionen Menschen, d. h. 4 Millionen Menschen müssen Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war. Ferner ist zu beachten, daß wir außer den angenommenen 500 Millionen Goldmark in bar noch 340 bis 400 Millionen für das Clearing-Verfahren und weitere Millionen für die zu den Sachleistungen benötigten Rohstoffe aufwenden müssen. Wir würden für 1922 auf

eine Goldleistung von mehr als 1 Milliarde Goldmark kommen, wenn es sich scheinbar nur um eine Goldzahlung